

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/8415 –

Keine Ideologisierung der Bundesfilmförderung – Der Kunstfreiheit Geltung verschaffen

A. Problem

Die Fraktion der AfD fordert im Vorfeld der im Jahr 2024 anstehenden Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) eine Abkehr von aktuellen Entwicklungen in der Filmförderpolitik des Bundes. Es sei zu beobachten, dass die Gewährung von Filmfördermitteln zunehmend an sachfremde Ziele wie Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit geknüpft werde. Das gehe zu Lasten der Kunstfreiheit, kritisiert die Fraktion der AfD. Darüber hinaus sei die Umwandlung der Filmförderungsanstalt (FFA) in eine Filmagentur geplant. Dies führe zu einer Auslagerung der kulturellen Filmförderung, argumentiert die Fraktion und fordert, der Bund solle sich seine besondere Stellung bewahren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/8415 abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Michelle Müntefering
Berichterstatterin

Marco Wanderwitz
Berichterstatter

Michael Sacher
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michelle Müntefering, Marco Wanderwitz, Michael Sacher, Thomas Hacker, Dr. Marc Jongen und Dr. Petra Sitte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/8415** in seiner 122. Sitzung am 21. September 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD kritisiert im Vorfeld der im Jahr 2024 anstehenden Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) aktuelle Weichenstellungen in der Filmförderpolitik des Bundes. Aussagen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und Veröffentlichungen auf einigen Internetseiten machten deutlich, dass sachfremde Ziele wie Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei der Gewährung von Filmfördermitteln eine immer größere Rolle spielen sollen.

Beim Thema Nachhaltigkeit verweist die Fraktion der AfD beispielsweise auf den Arbeitskreis Green Shooting, der ökologische Standards für die Filmherstellung entwickle. Ihre Erfüllung werde zur Voraussetzung für die Beantragung einer Förderung. Die Filmbranche solle durch die Vorgaben zu einer ökologischen Transformation verpflichtet werden.

Bei der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit gehe es um die Bevorzugung von Frauen aufgrund des Geschlechts in Form von Quoten. Die Fraktion der AfD erwartet, dass Forderungen nach weiteren Quoten für Minderheiten folgen werden. Als weiteres Beispiel sachfremder Ziele führt die Fraktion der AfD den Verhaltenskodex gegen sexuelle Belästigung und Gewalt im Kultur- und Medienbetrieb an, dessen Erfüllung für eine staatliche Förderung verbindlich werden könne.

Die immer restriktivere Anwendung der genannten Vorgaben schränke im besorgniserregenden Maße die künstlerische Freiheit ein. Filmkulturelle oder filmästhetische Aspekte seien zunehmend nachrangig. Aus diesen Gründen fordert die Fraktion der AfD eine Abkehr von der geschilderten Filmförderpolitik des Bundes.

Des Weiteren plane die BKM die Umwandlung der Filmförderungsanstalt (FFA) in eine Filmagentur, die filmpolitische Aufgaben der Bundesförderung übernehmen könne. Der Bund gebe durch diesen Schritt ohne Notwendigkeit seine besondere Stellung als Förderer der künstlerischen Qualität des deutschen Films auf. Daher solle auf die Umwandlung verzichtet werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfahl in seiner 55. Sitzung am 11. Oktober 2023 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 44. Sitzung am 11. Oktober 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/8415 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 11. Oktober 2023

Michelle Müntefering
Berichtersterterin

Marco Wanderwitz
Berichtersterter

Michael Sacher
Berichtersterter

Thomas Hacker
Berichtersterter

Dr. Marc Jongen
Berichtersterter

Dr. Petra Sitte
Berichtersterterin